

**S t a d t H a a n**  
Niederschrift über die  
**19. Sitzung des Rates der Stadt Haan**  
am Dienstag, dem 28.02.2012 um 17:00 Uhr  
im Forum der Grundschule Mittelhaan, Dieker Str. 69

Beginn:  
17:00

Ende:  
21:05

**Vorsitz**

Bürgermeister Knut vom Bovert

**CDU-Fraktion**

Stv. Marlene Altmann

Stv. Peter Bartz

Stv. Mantoy Becker

Stv. Harald Giebels

Stv. Wolfgang Goeken

Stv. Marlies Goetze

Stv. Udo Greeff

Stv. Dr. Dieter Gräßler

Stv. Gerd Holberg

Stv. Jens Lemke

bis TOP 4

Stv. Klaus Mentrop

Stv. Monika Morwind

Stv. Dr. Karl-August Niepenberg

Stv. Brigitte Taschke

Stv. Andreas Wasgien

Stv. Rainer Wetterau

**SPD-Fraktion**

Stv. Walter Drennhaus

Stv. Jörg Dürr

Stv. Juliane Eichler

Stv. Uwe Elker

Stv. Marion Klaus

ab TOP 3

Stv. Ulrich Klaus

Stv. Wilfried Pohler

Stv. Michael Schneider

Stv. Bernd Stracke

Stv. Heinrich Wolfsperger

**FDP-Fraktion**

Stv. Philip Daniel

Stv. Friedhelm Kohl

Stv. Dirk Raabe

bis TOP 12

Stv. Michael Ruppert

Stv. Patrick Sobbe  
Stv. Klaus Straßburg  
Stv. Arnd Vossieg

**GAL-Fraktion**

Stv. Petra Lerch  
Stv. Jörg-Uwe Pieper  
Stv. Andreas Rehm  
Stv. Jochen Sack  
Stv. Elke Zerhusen-Elker

**UWG-Fraktion**

Stv. Robert Abel  
Stv. Gerhard Herder

**Die Linke**

Stv. Michael Henchoz  
Stv. Nelson Janßen

bis TOP 11

**fraktionslose Ratsmitglieder**

Stv. Meike Lukat

**Schriftführer**

Herr Fabian Winkler

**Verwaltung**

1. Beigeordnete/r Dagmar Formella  
Frau Marion Macias-Bittner  
Frau Marion Plaehn  
StORR Michael Rennert  
Herr Dr. Jürgen Simon  
StOVR Wilhelm Terhardt  
StVR Klaus-Jürgen Vogt

**Der Vorsitzende Knut vom Bover** eröffnet um 17:00 Uhr die 19. Sitzung des Rates der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### **Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung**

**Bgm. vom Bover** verweist auf die unter TOP 2.1 und TOP 6.1 in die Tagesordnung einzufügenden Nachträge, zu TOP 10 habe die Verwaltung keine schriftlichen Anträge erhalten.

Weiterhin schlage er vor, den anwesenden Vertretern der Elterninitiative außerhalb des TOP 1 nach der Präsentation zur Einbringung des Haushaltes Gelegenheit zu Fragestellungen zu ermöglichen. Hierzu besteht Einvernehmen.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1./ Fragerecht für Einwohner**

---

#### **Protokoll:**

Es liegen keine Fragen durch Einwohner vor.

### **2./ Einbringung des Entwurfes der Haushaltssatzung 2012 mit Stellenplan und des Entwurfes des Haushaltssicherungskonzeptes (Fortschreibung)**

---

#### **Protokoll:**

**1. Bgo. Formella** bringt den Entwurf des Haushaltes für das Haushaltsjahr 2012 in Wort und Bild ein (Anlagen 1+2).

Ebenso wie 1. Bgo. Formella dankt auch **Bgm. vom Bover** den vielen im Hause an diesem Entwurf Beteiligten und würdigt insbesondere die Leistung des Herrn Haupt.

Die Sitzung wird unterbrochen, um den Vertretern der Elterninitiative Fragemöglichkeit einzuräumen.

Herr Gierling fragt, ob die soeben präsentierten Maßnahmen schon in 2012 umgesetzt würden.

**1. Bgo. Formella** führt aus, gemäß Beschluss des JHA sei die Installierung einer Waldgruppe in Gruiten im Entwurf ebenso berücksichtigt, wie das Angebot der AWO. Dies ergebe auch ein Mehr für das Kindergartenjahr 2012/13. Der Neubau eines Kindergartens im Wohngebiet Hasenhaus soll nach Vorgabe des JHA auch kurzfristig realisiert werden, der JHA werde in seiner März-Sitzung detailliert hierzu beraten. Die übrigen aufgeführten Optionen seien zur Zeit als Absichtserklärungen der Träger zu

---

werten. Sie berichtet, dass zusätzliche Landesmittel für die Maßnahme Hochdahler- und Bundesmittel für die Maßnahme Breidenhofer Straße eingesetzt würden.

Frau Grothkast sorgt sich, weil der Neubau des Kindergartens Hasenhaus durch Umschichtungen aus dem Etat für den Spielplatz Hasenhaus erfolgen soll und verweist auf die Wichtigkeit des Spielplatzes.

**1. Bgo. Formella** legt dar, dass aktuell ca. 30.000 € für den Spielplatz fehlten. Der Spielplatz werde mit einem abgesenkten Standard realisiert.

Weiterhin bittet Frau Grothkast die Verwaltung, nicht nur Projekte mit kleinem Verbesserungspotential sondern auch die restliche Lücke von 70 Kindergartenplätzen anzugehen.

**1. Bgo. Formella** macht deutlich, dass weitere Finanzmittel zur Zeit nicht zur Verfügung stünden. Es sei auch abzuwarten, welche Erträge die Vermarktung bzw. das Engagement eines Investors des Geländes am Bürgerhaus in Gruiten erbringen.

**Stv. Sack** bittet um Darstellung, wie die Maßnahmen an der Bismarck-, Kurze- und Hochdahler Straße schnellstmöglich umgesetzt werden könnten.

**1. Bgo. Formella** streicht heraus, dies sei nur über die Aufnahme von Krediten und damit über eine Gefährdung des angestrebten Haushaltsausgleiches in 2019 möglich.

**Stv. Dr. Niepenberg** fragt, welche Chancen zur Defizitminderung über die seitens der Verwaltung intensivierten Ausbaubersuche der Tagesmütter und der Kindertagespflege bestünden.

**1. Bgo. Formella** betont, die Verwaltung sehe hier ein Steigerungspotential von derzeit ca. 10-15 Plätzen.

## **2.1. Erneute Ausschreibung der Stelle der / des Technischen Beigeordneten** **/ Vorlage: 10/108/2011/1**

---

### **Protokoll:**

**Stv. Wetterau** erläutert, die CDU-Fraktion wolle eine rechtssichere und unanfechtbare Ausschreibung, daher solle an der beantragten Stelle der entsprechende Text der Gemeindeordnung NRW übernommen werden.

**Stv. Lukat** erläutert ihren weitergehenden Antrag, die Stelle komplett zu streichen. Danach habe das bisherige Prozedere sehr viele gute Bewerber verprellt, die sich sicher nicht wieder bewerben würden. Der für Haan bestmöglich geeignete Kandidat sei nicht mehr zu bekommen. Bei ihrem Alternativvorschlag handele es sich jedoch nicht um eine Art Personalkosteneinsparung. Die Mitarbeiter, die Mehrarbeit übernahmen, sollten entsprechend entlohnt werden.

---

**Stv. Pohler** beantragt für die SPD-Fraktion, den seitens der CDU-Fraktion beantragten Einschub um den Zusatz „Die erforderlichen fachlichen Voraussetzungen werden durch die 2. Staatsprüfung dokumentiert“ zu ergänzen. Die offene Definition eines Hochschulstudiums lasse zu viel Spielraum für Interpretationen.

**Stv. Ruppert** findet, die erneute Forderung eines 2. Staatsexamens reduziere die Bewerber auf den Kreis der Kandidaten, die als Berufsziel schon immer den öffentlichen Dienst im Auge hatten. Berufserfahrung in der Privatwirtschaft werde sehr oft als Bereicherung empfunden. Der Kandidat solle sich in ähnlicher Position bewährt haben und das Vertrauen des Rates genießen. Ein Verzicht auf die Stelle lehne die FDP-Fraktion ab. Durch die Beteiligung eines unabhängigen Personalberaters, der die eingehenden Bewerbungen bewerten soll, könne das Verfahren objektiver und transparenter gestaltet werden.

**Stv. Sack** legt die Ansicht der GAL-Fraktion dar, dass die Besetzung der Stelle verzichtbar sei. Der Antrag der Stv. Lukat sei somit tolerabel. Bgm. vom Bovert möge darlegen, warum 6 vorhandene Amtsleiter einen Technischen Beigeordneten nicht ersetzen können. Für den Fall, dass die Ratsmehrheit eine erneute Ausschreibung durchsetze, beantrage die GAL-Fraktion für die Kandidatenauswahl die Durchführung eines Assessment-Centers.

**Bgm. vom Bovert** streicht heraus, dass die Ansprechpartner in den verschiedenen Landesministerien den einzelnen Amtsleitern vom Fachwissen voraus seien, zudem könnten nicht ständig alle 6 Amtsleiter den Verwaltungschef begleiten. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der anstehenden Herausforderungen für die Stadt Haan sei eine Fachkraft mit übergreifendem Fachwissen erforderlich. Durch die zusätzliche Mehrbelastung der Amtsleitung des Amtes 23 sei ihm die Verantwortung für eine vertretungsweise Übernahme dieser Aufgaben inzwischen zu groß geworden.

**Stv. Dürr** unterstützt den Antrag der GAL-Fraktion, die Kandidatenauswahl über ein Assessment-Center abzuwickeln. Dies trage zur Versachlichung des Verfahrens bei und resultiere in einer guten Personalauswahl für Haan.

**Stv. Wetterau** sieht den Rat selbst als ein Assessment-Center an, da es sich um die Wahl eines politischen Wahlbeamten handele.

**Stv. Lukat** wirft ein, aus ihrer Sicht besäßen die vorhandenen Amtsleiter genügend Fachwissen und benötigten keinen übergreifenden Fachverstand.

Der Antrag der **Stv. Lukat**, die Stelle 00/2 aus dem Stellenplan der Stadt Haan zu streichen und den Arbeitskreis Personal und Organisationsentwicklung unter Beteiligung von Amtsleitern und Mitarbeitern des Technischen Dezernates sowie des Personalrates damit zu beauftragen, ein für alle tragfähiges Konzept der Aufgaben- / Lastenverteilung mit entsprechender Besoldungs- / Entgeltgruppenanpassung zu entwickeln, wird mit 7 Ja- und 36 Nein-Stimmen abgelehnt.

**Stv. Ruppert** verdeutlicht, kein Assessment-Center zu akzeptieren, weil dies potentielle Bewerber nur abschrecke. Ein unabhängiger Personalberater solle die Bewerbungen bewerten.

---

**1. Bgo. Formella** beziffert die Kosten für ein Assessment-Center mit ca. 10.000 € und verweist darauf, dass hierfür keine Mittel im Haushalt zur Verfügung stünden.

**Stv. Sack** moniert das wenig konstruktive Verhalten der Verwaltung, nur die Kosten-  
seite zu beleuchten. Stattdessen hätte ein Aufzeigen der Möglichkeiten zur Umset-  
zung erfolgen sollen.

**Stv. Wolfspurger** bemängelt, der Haushalt enthalte Positionen für externe Beratung,  
diese dürfte von der Verwaltung nicht grundlos verwährt werden.

Nach einer Sitzungsunterbrechung, die zu interfraktionellen Beratungen genutzt wur-  
de, kommt es zur Abstimmung über einen einvernehmlichen Beschlussvorschlag.

### **Abstimmungsergebnis:**

41 Ja- und 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung

### **Beschluss:**

„Die Stelle der/des Technischen Beigeordneten wird entsprechend der Anlage 1 aus-  
geschrieben. Die Auswahl erfolgt durch ein strukturiertes Personalauswahlverfahren.“

### **3./ Kindergartensituation in Haan**

- Anträge der CDU-Ratsfraktion vom 11.01. und 12.01.2012 (Anlagen 1 und  
2)

- Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 11.01.2012 (Anlage 3)

Vorlage: 51/060/2012

---

### **Protokoll:**

**Stv. Sack** kritisiert die fehlenden Bemühungen von Rat und Verwaltung, das beste-  
hende Defizit von derzeit 140 fehlenden Kindergartenplätzen U 3 abzubauen. Ange-  
sichts von gerade einmal 10 zusätzlich geschaffenen Plätzen im U 3-Bereich in 2012,  
müsse die Frage erlaubt sein, welche Priorität der Defizitabbau genieße. Hier lasse  
man es auf die zu erwartende Klagewellen von Eltern ankommen. Der JHA habe die  
jetzige Situation seit langem kommen sehen. Nun müsse der Rat zeigen, wie ernst  
ihm die Lage sei und mit dem nachhaltigen Abbau des Defizits beginnen. Er hege die  
Hoffnung, dass im Rahmen der Haushaltsberatungen entsprechende Mittel bereitge-  
stellt würden.

**Stv. Ruppert** bekennt, dass seine Sorge größer als sein Optimismus sei, das Defizit  
schnell abbauen zu können. Dennoch stehe Haan mit einer Bedarfsdeckungsquote  
von 35 % im Vergleich zum Land NRW noch sehr gut da. Da der NRW-Schnitt bei  
lediglich 15 % läge, flössen die entsprechenden Landesmittel nicht nach Haan.

Übereinstimmend erklären **Stv. Goetze** und **Stv. Pohler**, die Eltern bräuchten Pla-

---

nungssicherheit, eine Planung für den Zeitraum 2013/14 sei im Rahmen der Haushaltsberatungen aufzustellen. Die Haaner Familienfreundlichkeit müsse nachgewiesen werden, in dem ausreichend Gelder zur Verfügung gestellt und Prioritäten gesetzt würden. Das Hoffen auf einen Zuwachs bei den Tagesmüttern reiche nicht aus.

**Stv. Sack** legt dar, die GAL-Fraktion habe sich im JHA zu den Beschlussvorschlägen enthalten, da die Alternativen fehlten und die bisherige Planung nicht ausreiche.

Auch **Stv. Lukat** sieht das Vorgeschlagene als nicht ausreichend an. Der Waldkindergarten sei insbesondere für die jüngeren Kinder ungeeignet. Das Ziel, die Neuansiedlung von finanzkräftigen Familien zu fördern, werde so nicht erreicht.

**Stv. Giebels** fasst zusammen, die Politik habe den akuten Handlungsbedarf erkannt. Es bestehe Konsens, dass eine große Zahl von Plätzen im U 3-Bereich neu zu schaffen sei. Hierzu müsse ein Bündel von Maßnahmen ergriffen werden, die auch eine Ausweitung der Kindertagespflege und ein Zuwachs bei der Betreuung durch Tagesmütter beinhalte. Dabei sei ein Miteinander von Stadt und Trägern unerlässlich. Der Stadt als Träger fehlten die Grundstücke, die freien Träger könnten die notwendigen Investitionen nicht tragen. Die baulichen Voraussetzungen sollten über ein Investorenmodell geschaffen und der Betrieb über andere Träger realisiert werden.

**Stv. Drennhaus** widerspricht, die Stadt könne die Grundstücke an der Dieker Str. und evtl. an der Bachstr. nutzen.

**1. Bgo. Formella** macht deutlich, dass die Investitionsmöglichkeiten seitens der Stadt ausgereizt seien. Es fehle keinesfalls an Planungen für die Zukunft, es sei Sache des Rates die Gelder zur Verfügung zu stellen.

### **Abstimmungsergebnis:**

zu 1) 36 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen

zu 2) einstimmig

zu 3) einstimmig

(**Stv. Niepenberg** hat weder an Beratung noch Abstimmung teilgenommen)

### **Beschluss 1:**

„Im Haushaltsplan 2012 wird im Finanzplan 2012 beim Produktsachkonto 060110.731813 ein Zuschuss für die ev.-ref. Kirchengemeinde Gruiten in Höhe von 100.000 € für den Aus-/Umbau der Scheune Vohwinkeler Straße zur Schaffung einer Waldkindergruppe im Stadtteil Gruiten ab dem Kindergartenjahr 2012/2013 veranschlagt.

Die Deckung der Aus-/Umbaukosten erfolgt in Höhe von 67.850 € durch noch verfügbare Mittel aus dem Folgekostenvertrag Hasenhaus. Die Restfinanzierung in Höhe von 32.150 € wird durch Kürzung der Investitionsmittel beim "Spielplatz Hasenhaus"

---

vorgenommen. Die Zustimmung zur Leistung des Aufwands wird hiermit vor den Haushaltsplanberatungen 2012 erteilt.

Die Finanzierung bzw. vorzeitige Mittelbereitstellung erfolgt unter dem Vorbehalt der kommunalaufsichtlichen Genehmigung durch den Kreis bzw. den nach den gesetzlichen Vorschriften vorgeschriebenen Genehmigungen im baurechtlichen Bereich/Denkmalenschutz/Landesjugendamt. Ferner ist vorab eine vertragliche Regelung der Stadt mit dem Eigentümer Bedingung, dass eine Bindungsfrist von 15 Jahren vereinbart wird, in dem kein Mietzins durch den Träger an den Eigentümer bzw. die Stadt zu zahlen ist bzw. eine Rückabwicklungsklausel zur Absicherung einer Änderung bei der Bedarfs- und Trägersituation vereinbart wird.

Ein besonderer jährlicher freiwilliger Betriebskostenzuschuss in Höhe von 32.250 € / Produktsachkonto 060110.531812 wird an den Träger ev.-ref. Kirchengemeinde Gruiten beginnend ab dem Kindergartenjahr 2012/2013 (anteilig) gezahlt, der unter dem jährlichen Widerruf der Stadt Haan steht. Die Mittel sind im Haushaltsplan 2012 zur Verfügung zu stellen.“

### **Beschluss 2:**

„Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Ergänzungsvorlage Nr. 51/060/2012/1 aufgezeigten Optionen für den weiteren U3-Ausbau:

- Neubau einer 3 oder 4-gruppigen Einrichtung im Gebiet Hasenhaus
- Erweiterungen/Umwandlungen in Einrichtungen der Ev. KG Haan
- Erweiterungen in einer Einrichtung der Kath. KG (in Unterhaan)
- Intensivierungen der Werbung für Kindertagespflege
- Schaffung einer Waldgruppe des Waldorfkindergartens

zeitnah zu bearbeiten und den JHA kontinuierlich über den aktuellen Sachstand zu informieren. Soweit sich aus der Bearbeitung Konsequenzen für die Haushaltsberatungen 2012 ergeben, sind diese für die Jugendhilfeausschusssitzung am 08. März 2012 zu konkretisieren.“

### **Beschluss 3:**

„Der JHA empfiehlt dem Rat für die Einrichtung einer Wander- und Erlebnisgruppe am Standort Käthe-Kollwitz-Straße ab Kindergartenjahr 2012/2013 auf der Grundlage des Antrages vom 09. Februar 2012 der AWO folgende Zuschüsse zu gewähren:

- für die Beschaffung eines Bauwagens 15.250 EUR
- Aufstockung des Jugendamtszuschusses bei den Kindpauschalen auf 100% (9%)

Die Mittel sind in den Haushalt 2012 aufzunehmen. Erforderliche Genehmigungen sind Voraussetzung. Die Kindergartenbedarfsplanung 2012/2013 ist anzupassen.“

#### **4./ Kindergartenbedarfsplanung 2012/2013 Vorlage: 51/059/2012**

---

##### **Protokoll:**

**1. Bgo. Formella** verweist auf die ergänzende Tischvorlage, die Konkretisierungen aufgrund eines weiteren Antrages der evangelischen Kirchengemeinde enthalte.

##### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

##### **Beschluss:**

1. Für das Kindergartenjahr 2012/2013 (01.08.2012 – 31.07.2013) wird als Ergebnis der Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII vorbehaltlich der Zustimmung des Landes und der Zuschussgewährung nach § 21 Kinderbildungsgesetz NRW beschlossen, die in den Anlagen aufgeführten Gruppen – unter Einbeziehung der heutigen Beschlüsse und evtl. redaktioneller Änderungen - zu bilden.

Die Verwaltung wird beauftragt, den entsprechenden Finanzbedarf dem Land nach § 19 Abs. 3 Kinderbildungsgesetz NRW fristgerecht bis zum 15.03.2012 zu melden.

2. Auf Antrag vom 17.11.2011 (siehe Anlage 2) wird der Evangelisch reformierten Kirchengemeinde Gruiton für die Kindergartenjahre 2012/2013 bis 2016/2017 die Möglichkeit zur Überbelegung der derzeit fünf Gruppen um bis zu 8 Betreuungsplätze zugesichert. Sofern die Überbelegungsplätze für Kinder ab dem vollendeten dritten Lebensjahr im Rahmen der Jugendhilfeplanung nicht mehr erforderlich ist, kann die Jugendhilfeplanung diese Betreuungsplätze zur Deckung des Bedarfs im Rahmen der rechtlichen Bestimmungen für unter Dreijährige heranziehen.

#### **5./ Wahl der Schiedsleute Bezirk II Vorlage: 32-2/012/2012**

---

##### **Protokoll:**

**Stv. Henchoz** zieht seine Bewerbung zurück.

**Stv. Lukat** schlägt Frau Beyer als Schiedsfrau und Frau Herder als Stellvertreterin vor und begründet dies mit Frau Beyers Erfahrung als Schöffin am Amtsgericht sowie der altersbedingt längeren Verfügbarkeit für dieses Amt.

**Stv. Wetterau** schlägt für die CDU-Fraktion Frau Herder als Schiedsfrau und Frau Beyer als Stellvertreterin vor.

**Abstimmungsergebnis:**

20 Ja- und 18 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen

**Beschluss:**

1. Frau Kerstin Beyer wird zur Schiedsperson für den Schiedsbezirk II gewählt.
2. Frau Monika Herder wird zur stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsbezirk II gewählt.

(**Stv. Herder** hat weder an Beratung noch Abstimmung teilgenommen)

**6./ Flächennutzungsplan der Stadt Haan, nachrichtliche Übernahme der Richtfunkstrecke Brauweiler-Velbert, Funkfeld 2  
Vorlage: 61/074/2012**

---

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Beschluss:**

- „ 1. Die nicht konstitutive Änderung des Flächennutzungsplanes (nachrichtliche Übernahme der Richtfunkstrecke Brauweiler-Velbert, Funkfeld 2 gem. § 5 Abs. 4 BauGB) in der Fassung vom 03.02.2012 wird beschlossen. Von der Änderung sind Flächen am westlichen Rand der Stadt Haan betroffen.
2. Der Flächennutzungsplan wird erneut öffentlich bekannt gemacht.“

**6.1. Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) in Haan  
/ hier: Wiedervorlage des Antrags der SPD-Fraktion vom 31.08.2011  
Vorlage: 61/076/2012/2**

---

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

---

**Beschluss:**

„1. Dem Antrag gemäß Schreiben A der SPD-Fraktion vom 31.08.2011 (Anlage zu dieser Sitzungsvorlage) wird zur Umsetzung zum Fahrplanwechsel am 10.06.2012 zugestimmt.

2. Der Kreis Mettmann als Aufgabenträger für den ÖPNV im Kreis Mettmann und die Rheinbahn als berührtes Verkehrsunternehmen werden aufgefordert, die auch im wirksamen Nahverkehrsplan für den Kreis Mettmann enthaltene Taktverdichtung auf der Buslinie SB 50 umzusetzen. Der entstehende Mehraufwand wird über die VRR-Umlage entsprechend den geltenden Modalitäten abgerechnet.“

**7./ Konzept, Belegungsplan Außensportanlagen  
- Antrag der Stv. Lukat vom 02.01.2012  
Vorlage: 10/121/2012**

---

**Protokoll:**

Die Antragstellerin erläutert ihren Antrag und bittet die Verwaltung um Beantwortung.

**Stv. Dr. Gräßler** erklärt, die CDU-Fraktion sehe keine Notwendigkeit zur Diskussion. Es existiere eine verbindliche Belegungsplanung für die Außensportanlagen. Zu Zeiten der Ablegung des Deutschen Sportabzeichens seien die Anlagen stets geöffnet. Die Sperrung der Anlagen sei der Verwaltung vorbehalten. Er stelle den Antrag, dies als Geschäft der laufenden Verwaltung zu akzeptieren.

**Stv. Pohler** bittet um Verweisung in den Schul- und Sportausschuss, die Verwaltung solle diesen entsprechend vorbereiten. Auch die SPD-Fraktion sehe eine Notwendigkeit die Schließzeiten im Internet zu veröffentlichen.

**Bgm. vom Bovert** wirft ein, der Verein SSVg Haan selbst habe offensichtlich aus Haftungsgründen die Sportanlage über die Weihnachtsfeiertage geschlossen.

**Stv. Vossieg** bittet darum, einzelne Teile der Sportanlage für Sportler auch dann freizugeben, wenn parallel eine Großveranstaltung (z.B. Fußballspiel) stattfindet.

**Stv. Stracke** merkt an, im Schul- und Sportausschuss säßen auch die Vertreter der Vereine, die sich entsprechend positionieren könnten.

**Abstimmungsergebnis:**

25 Ja- und 4 Nein-Stimmen bei 14 Enthaltungen

---

**Beschluss:**

„Der Antrag wird an den Schul- und Sportausschuss verwiesen. Dieser soll beschließen, dass zu den Haaner Außensportanlagen eine Konzeption zur Belegung zwischen der Stadtverwaltung und den Haaner Vereinen erstellt wird. Allen Haanerinnen und Haanern soll eine Nutzung der städtischen Außensportanlagen ermöglicht werden.“

**8./ Prüfung Sicherung der Zukunft des Hallenbades der Stadt Haan durch PPP  
- Antrag der Stv. Lukat vom 22.01.2012  
Vorlage: 10/122/2012**

---

**Protokoll:**

**Stv. Lukat** erläutert ihren Antrag und betont, es dürfe keine Möglichkeit ausgelassen werden, der Öffentlichkeit zu demonstrieren, welche Priorität das Hallenbad bei Politik und Verwaltung genieße.

**Stv. Ruppert** meint, die Verwaltung solle alle Alternativen zum Erhalt / Neubau prüfen, nicht nur die PPP-Variante.

**1. Bgo. Formella** legt dar, hierfür sei in 2012 ein ausreichender Planungsansatz im Haushalt enthalten. PPP stelle ein unrentierliches investives Kreditgeschäft beim Hallenbad dar, das eine Genehmigung durch die Kommunalaufsicht voraussetze und den Haushaltsausgleich konterkarriere. Ferner sei auch eine jährliche Abschreibungsleistung in die Haushaltsplanung einzustellen. Sie verweist auf das in ihrer Haushaltsrede dargestellte Finanzvolumen bei den beiden rentierlichen PPP-Projekten.

**Bgm. vom Bover** sichert der Antragstellerin zu, dass die Verwaltung bei der Prüfung der Alternativen ausdrücklich die Möglichkeit einer Finanzierung durch ein PPP einschließt.

**Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

**9./ Fraktionsvorsitzendenbesprechung  
- Antrag der Stv. Lukat vom 28.01.2012  
Vorlage: 10/123/2012**

---

**Protokoll:**

**Bgm. vom Bover** erklärt, die Fraktionsvorsitzendenrunde werde nicht mehr stattfin-

---

den. Sie werde von den kleineren Fraktionen, für die sie insbesondere als Informationshilfe gedacht war, personell selten wahrgenommen. Die Information der Fraktionen und übrigen Ratsmitglieder finde gemäß der Vorschriften der Gemeindeordnung NRW statt. Er stelle die Installation eines Ältestenrates anheim. Die Verwaltung werde von sich aus hierzu keinen Satzungsvorschlag unterbreiten.

## **10./ Neubesetzung von Ausschüssen**

---

### **Protokoll:**

Es liegen keine Anträge vor.

## **11./ Beantwortung von Anfragen**

---

### **Protokoll:**

**Stv. Elker** sorgt sich um die Nachbesetzung der Stelle des Stadtjugendpflegers Köhler und fragt die Verwaltung, wie die Nachfolge geregelt werde.

**StOVR Terhardt** erläutert, es gelte auch hier wegen des Nothaushaltes eine Wiederbesetzungssperre von 12 Monaten.

**Stv. Drennhaus** lobt die Verwaltung für ihre Pressemitteilung, in der Frau Wollmann angesichts der Ereignisse zum Thema Windhövel in der gemeinsamen Sitzung von PIUA und WLA in Schutz genommen werde. Er erkundigt sich, wie der Presseschutz seitens der Verwaltung für BVVFA und Schul- und Sportausschuss sichergestellt werde, die in einem Leserbrief des Herrn Schauf scharf kritisiert würden.

**Bgm. vom Bover** macht deutlich, dass er sich vorbehalte, welche öffentlichen Leserbriefe und Presseartikel er kommentiere.

**Stv. Lukat** nimmt Bezug auf die Dringlichkeitsbitte des Lehrerkollegiums am Gymnasium und fragt, ob die Verwaltung hierfür keine finanziellen Mittel in den Haushalt einstelle.

**1. Bgo. Formella** erklärt, dass im Haushaltsplanentwurf auch Mittel für Grundlagenermittlung eingeplant seien.

**Stv. Abel** rät die Kollegen ernst zu nehmen, die unsere Kinder unterrichten.

**Stv. Stracke** berichtet, es seien erhebliche Bedenken seitens des Gemeindeunfallversicherungsverbandes geäußert worden, weil die Stadt in dieser Sache schon so lange untätig gewesen sei. Er möchte wissen, ob sich die Verwaltung Gedanken dazu gemacht habe, wie mit einem entsprechenden Gutachten umzugehen sei.

---

**Bgm. vom Bovert** erklärt, das Thema sei verwaltungsintern diskutiert worden, eine detaillierte Beschäftigung mit dieser Frage stehe noch aus.

## **12./ Mitteilungen**

---

### **Protokoll:**

**1. Bgo. Formella** teilt mit, dass zur Anfrage der CDU-Fraktion (Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand) Stellungnahmen des Bundesfinanzhofes und des Städte- und Gemeindebundes NRW als Tischvorlagen angereicht worden seien. Anlässlich der Kämmerer-Tagung des Kreises Mettmann sei ein gemeinsames Vorgehen vereinbart worden.